

Fragen

für die Fragestunde der 242. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 28. Juni 2017

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Amtsberg, Luise (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28, 29	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	14
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23, 24	Mutlu, Özcan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17, 18
Beermann, Maik (CDU/CSU)	9	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	38, 39
De Ridder, Daniela, Dr. (SPD)	10, 11	Renner, Martina (DIE LINKE.)	16
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3	Rößner, Tabea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 25
Grundmann, Oliver (CDU/CSU)	7	Rüffer, Corinna (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 2
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	21, 42	Steinbach, Erika (fraktionslos)	19
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	20, 40	Stockhofe, Rita (CDU/CSU)	6
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	26, 27	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30, 31
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12, 13	Wagenknecht, Sahra, Dr. (DIE LINKE.)	41
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 34	Weiler, Albert, HonD (CDU/CSU)	8
Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 33	Zdebel, Hubertus (DIE LINKE.)	32, 37
Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	35, 36

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	6
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	7
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ...	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	15

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

1. Abgeordnete
Corinna Rüffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Warum ist die für die Conterganstiftung zuständige Datenschutzbeauftragte nur für die Geschäftsstelle der Stiftung zuständig, ausdrücklich aber nicht für andere Organe der Stiftung, wie z. B. Vorstand oder medizinische Kommission, obwohl nach § 4f des Bundesdatenschutzgesetzes für alle Organe und Bereiche der Stiftung ein interner Datenschutzbeauftragter bestellt sein müsste (26. Tätigkeitsbericht zum Datenschutz für die Jahre 2015 und 2016 der Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, S. 80), und wann wird die Bundesregierung diesen Zustand ändern?

2. Abgeordnete
Corinna Rüffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Welche Datenschutzverstöße und -probleme durch die Conterganstiftung sind der Bundesregierung bekannt, und was wird sie unternehmen, um Datenschutzverstöße durch die Conterganstiftung künftig zu verhindern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

3. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Welche Konsequenzen für die Vorbereitung einer neuen Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV III) zieht die Bundesregierung aus den Tatsachen, dass das Durchschnittsalter der Eisenbahnbrücken in Deutschland in der Laufzeit der LuFV I und LuFV II weiter angestiegen ist und die notwendige Anzahl der zu erneuernden Bahnbrücken für den Ausschluss eines weiteren Substanzverfalls bei weitem nicht erreicht wurde (durchschnittlich 115 erneuerte Brücken pro Jahr in den Kalenderjahren von 2014 bis 2016 statt notwendiger Erneuerung von 257 Brücken bei einer angenommenen Lebensdauer der Bahnbrücken in Deutschland von 100 Jahren), und auf welche Weise möchte die Bundesregierung angesichts der notwendigerweise steigenden Anzahl von Baumaßnahmen an den für die Aufrechterhaltung eines

verlässlichen Schienenverkehrs sensiblen Ingenieurbauwerken (Brücken und Tunnel) die Begrenzung negativer Auswirkungen auf den Schienenverkehr beispielsweise in der LuFV III steuern?

4. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Ansicht des Bundesministers der Justiz und für Verbraucherschutz, Heiko Maas, dass die Volkswagen AG erwägen solle, auch nach Ablauf des Jahres 2017 in Bezug auf die vom Abgasskandal betroffenen Fahrzeuge auf die Verjährungseinrede zu verzichten (vgl. Handelsblatt vom 20. Juni 2017, S. 12), und inwiefern setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass die Volkswagen AG tatsächlich auch nach Ablauf des Jahres 2017 auf die Verjährungseinrede verzichtet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

5. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche zentralen Ergebnisse bzw. Beschlüsse gab es nach Ansicht der Bundesregierung bei der Espoo-Vertragsstaatenkonferenz in Minsk vom 13. bis 16. Juni 2017, und wie hat sich die Bundesregierung insbesondere bezüglich einer klaren rechtlichen Regelung für eine grundlegende Anwendung grenzüberschreitender Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) bei Laufzeitverlängerungen, der Übernahme der Espoo-Komitee-Empfehlungen für den Fall Hinkley Point C (inkl. Baustopp während der nachzuholenden UVP) und der Unterstützung der litauischen Seite im Zusammenhang mit der fehlenden UVP für das belarussische Atomkraftwerk Ostrowets positioniert (bitte erläutern)?

6. Abgeordnete
Rita Stockhofe
(CDU/CSU) Wann ist mit der Ausschreibung für weitere Labore als das Senckenberg-Institut für Wolfsgenetik zu rechnen, von denen der Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit Jochen Flasbarth in seinem Interview mit der „taz.die tageszeitung“ vom 17. Juni 2017 spricht?
7. Abgeordneter
Oliver Grundmann
(CDU/CSU) Wodurch qualifiziert sich das Senckenberg-Institut – laut Bundesregierung (vgl. www.taz.de) – als nationales Referenzinstitut für Wolfsgenetik in Deutschland?
8. Abgeordneter
HonD Albert Weiler
(CDU/CSU) Mit welchen Laboren arbeitet nach Kenntnis der Bundesregierung das Senckenberg-Institut, als nationales Referenzinstitut für Wolfsgenetik in Deutschland, zwecks methodischer Standardisierung der Auswertung von Wolfsspuren zusammen?
9. Abgeordneter
Maik Beermann
(CDU/CSU) Liegen der Bundesregierung Informationen vor, durch welche Qualitätsmanagementsysteme das Senckenberg-Institut für Wolfsgenetik die Qualität seiner DNA-Analysen sicherstellt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

10. Abgeordnete
Dr. Daniela De Ridder
(SPD) In welcher Höhe sind finanzielle Mittel im Bundeshaushalt 2017 für die „EU-Strategie-FH“ sowie „FH-Sozial“ (FH – Fachhochschule) hinterlegt, bzw. was sieht das Bundesministerium für Bildung und Forschung für die Folgehaushalte bis 2020 potenziell vor?

11. Abgeordnete
Dr. Daniela De Ridder
(SPD)
- Warum wird mit „FH-Sozial“ eine in Teilen konkurrierende Förderlinie zur bereits bestehenden Linie „Soziale Innovationen für Lebensqualität im Alter“ (SILQUA) aufgelegt, obwohl nach der Veröffentlichung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates von Oktober 2016 das Problem des mangelnden professoralen Nachwuchses als prioritär anzusehen ist?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

12. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie schätzt die Bundesregierung die Folgen der von der Trump-Administration geplanten Aufkündigung des Dodd Frank Act hinsichtlich des Abbaus von Konfliktmineralien im Kongo ein (www.nytimes.com/aponline/2017/06/07/world/africa/ap-af-africa-conflict-minerals.html?smid=tw-share&r=0), und gedenkt die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Misereor-Studie „Globale Energiewirtschaft und Menschenrechte“, die eklatante Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung auch durch deutsche Energieunternehmen offenlegte (www.misereor.de/fileadmin/user_upload/Energie-und-Menschenrechte-Bericht-2017.pdf), gesetzliche menschenrechtliche Sorgfaltspflichten einzuführen?
13. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was genau meint die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, wenn sie die Handelsverträge der EU mit Afrika teilweise als „unfair“ bzw. „nicht richtig“ bezeichnet (Reuters-Meldung vom 19. Juni 2017 „Merkel fordert neue EU-Handelsverträge mit afrikanischen Ländern“), und welche konkreten Anpassungen in den Handelsbeziehungen der EU mit Afrika will die Bundesregierung nach der Ankündigung der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, die Handelsbeziehungen auf dem nächsten EU-Afrika-Gipfel im November dieses Jahres neu verhandeln zu wollen, erreichen?
14. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)
- Zu welchen Schlussfolgerungen kommt der Bundesminister Dr. Gerd Müller nach der Überprüfung des auch aus deutschen Haushaltsmitteln finanzierten Africa Agriculture and Trade Investment Fund (AATIF), die er in der ARTE-Doku

„Konzerne als Retter?“ (www.arte.tv/de/videos/059525-000-A/konzerne-als-retter) zusagte, hinsichtlich des Modells des Fonds (Ansiedlung in Luxemburg, Wasserfallprinzip, Art der Finanzierungen), und welche möglichen Änderungen der Fondsstrukturen plant die Bundesregierung?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

15. Abgeordnete
Tabea Rößner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird die Bundesregierung den laut Beschlusslage des Deutschen Bundestages alle vier Jahre vorzulegenden und seit dem Jahr 2008 nicht mehr vorgelegten Medien- und Kommunikationsbericht vorlegen, damit noch in dieser Wahlperiode parlamentarisch über die Situation der Medienlandschaft beraten werden kann, und falls dieser Bericht nicht mehr bis zum Beginn der parlamentarischen Sommerpause vorgelegt werden kann, was sind die Gründe für den Verzug?
16. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Ist es zutreffend, wie das Magazin „DER SPIEGEL“ unter der Überschrift „Spionageziel Weißes Haus“ (DER SPIEGEL 26/2017, S. 50) berichtete, dass der Bundesnachrichtendienst mindestens bis 2006 und auch darüber hinaus Ziele in den USA, wie die Weltraumorganisation NASA, die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch oder Universitäten, elektronisch überwacht hat (bitte unter näherer Angabe, wann diese Praxis beendet wurde), und welche, auch personellen, Konsequenzen hat die Bundesregierung daraus gezogen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

17. Abgeordneter
Özcan Mutlu
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist nach Ablauf des Diplomatenpasses des IOC-Präsidenten Dr. Thomas Bach am 25. März 2017 erneut ein neuer dritter Diplomatenpass beantragt bzw. ausgestellt worden, und wenn ja, mit welcher Begründung?
18. Abgeordneter
Özcan Mutlu
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der Stand der Regierungsgespräche zwischen Namibia und Deutschland bezüglich der Verhandlungen zur Entschädigung für langfristiges deutsches koloniales Engagement in Südwestafrika, und welche konkreten Maßnahmen beinhaltet der von der Bundesregierung in Aussicht gestellte Fonds (www.taz.de/!5394548/)?
19. Abgeordnete
Erika Steinbach
(fraktionslos)
- Wo und wann hat die Bundeskanzlerin oder der Bundesminister des Auswärtigen seit dem Jahr 2005 an den in den östlichen Nachbarstaaten aufgefundenen Massengräbern von Deutschen, genauer von von den Besatzungsmächten getöteten Zivilisten („Töten auf Tschechisch“, www.zdf.de/dokumentation/zdf-history/toeten-auf-tschechisch-100.html), deutschen getöteten Deportierten oder getöteten deutschen Zwangsarbeitern oder den anschließenden Umbettungsorten – wie in Marienburg und Danzig (Georg Bönisch, Jan Puhl und Klaus Wiegrefe: Das Geheimnis der Gebeine, Massengräber in Marienburg, www.spiegel.de/einestages/massengraeber-in-marienburg-a-948129.html, in: DER SPIEGEL vom 20. Januar 2009; Kulish, Nicholas: Facing German Suffering, and Not Looking Away, in: The New York Times vom 26. Februar 2009; Andrzej Stach: Wie ich als polnischer Journalist über das Massengrab in Marienburg recherchierte, Preußische Allgemeine Zeitung vom 28. Februar 2009; dazu: SUPERillu 09 vom 19. Februar 2009, S. 32/33) – einen Kranz niedergelegt?
20. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Inwiefern sehen die EU-Leitlinien für die Brexit-Verhandlungen nach Einschätzung der Bundesregierung vor, die Aufenthalts- und Beschäftigungsrechte aller in Großbritannien lebenden EU-Bürgerinnen und -Bürger und aller in der EU lebenden britischen Bürgerinnen und Bürger prioritär zu sichern, inklusive der Menschen, die zum Stichtag noch kein Recht auf ständigen Aufenthalt entsprechend den EU-Gesetzen haben und

daher noch keinen EU-Rechtsstatus besitzen, der aber in einem reinen Austrittsabkommen geregelt werden könnte, und wie viele EU-Bürgerinnen und -Bürger ohne ständiges Aufenthaltsrecht sind nach Schätzungen der Bundesregierung in Großbritannien auf der einen und in den verbleibenden EU-Staaten auf der anderen Seite besonders vom ungewissen Ausgang der Brexit-Verhandlungen betroffen?

21. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Über welche eigenen (auch nachrichtendienstlichen) oder auch im Rahmen der NATO erhaltenen Erkenntnisse verfügt die Bundesregierung über den Abschuss eines Kampfflugzeuges der syrischen Luftwaffe durch das US-Militär nahe Raqqa?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

22. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Unternehmensbeteiligungen (Aktien, Index-Papiere u. Ä.) hält die Bundesregierung über die Versorgungsrücklage des Bundes (bitte nach Unternehmen und angelegten Beträge auflisten)?
23. Abgeordneter
Volker Beck
(**Köln**)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche straf- und dienstrechtlichen Maßnahmen prüft bzw. ergreift die Bundespolizeidirektion in Pirna im Zusammenhang mit dem an die Öffentlichkeit gelangten Protokoll der WhatsApp-Gruppe der AfD Sachsen-Anhalt, ausweislich dessen mindestens ein mutmaßlicher Bundespolizist Äußerungen, die der freiheitlichen demokratischen Ordnung zuwiderlaufen (z. B. „Nach Machtübernahme Journalisten sieben“), getätigt haben soll (www.morgenpost.de/politik/article210986363/Bundespolizei-prueft-nach-AfD-Leak-Konsequenzen-fuer-Beamte.html; <https://twitter.com/LarsWienand>), und inwiefern plant bzw. ergreift die Bundesregierung Maßnahmen, um auf die verfassungswidrigen Äußerungen mutmaßlicher Bundespolizisten, die im Netz veröffentlicht worden sind (<https://linksunten.indymedia.org/de/node/215841>), zu reagieren?

24. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den (Mord-)Drohungen im Zusammenhang mit der Eröffnung der liberalen Moschee in Berlin (bitte nach Politikfeldern, insbesondere Außen- und Innenpolitik, aufschlüsseln), und welche Auswirkungen hat es nach ihrer Auffassung, dass die Eröffnung dieser Moschee fälschlicherweise mit der Gülen-Bewegung in Zusammenhang gebracht wurde, auf die Beziehungen zu der türkischen Regierung sowie den der türkischen Regierung rechtlich oder faktisch zugeordneten Stellen in Deutschland, insbesondere der DITIB (www.welt.de/vermischtes/article165722820/Morddrohungenwegen-Eroeffnung-von-liberaler-Moschee-in-Berlin.html)?
25. Abgeordnete
Tabea Rößner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Unter welchen Umständen kann die Einreisesperre bei einer trotz Ausbildungsduldung erfolgten Abschiebung aufgehoben werden, und wie kann es der abgeschobenen Armenierin Marine Nikoghosyan ermöglicht werden, ihre Ausbildung in Mainz fortzusetzen (vgl. Allgemeine Zeitung vom 25. Mai 2017, www.allgemeine-zeitung.de/politik/rheinland-pfalz/neue-fragen-im-fall-der-nach-armenien-abgeschobenen-marine-nikoghosyan_17917975.htm und vom 29. Mai 2017, www.allgemeine-zeitung.de/politik/rheinland-pfalz/mainz-kreuznach-armenierin-ministerium-abschiebung-ministerium_17927000.htm)?
26. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Wie viele Überstellungen von Griechenland nach Deutschland im Rahmen der Dublin-Verordnung gab es in den Monaten Januar, Februar, März, April, Mai und, soweit vorliegend, Juni 2017 (bitte nach Monaten differenzieren), und wie sind mit dieser Entwicklung der Zahlen und vor dem Hintergrund des bekannt gewordenen Briefs des griechischen Migrationsministers, wonach die Anzahl der monatlich zu überstellenden Personen wie vereinbart begrenzt worden sei (www.proasyl.de/news/alternative-fakten-aus-dem-bundesinnenministerium/), Äußerungen der Bundesregierung vereinbar, die Familienzusammenführung sei zahlenmäßig nicht beschränkt worden und der Grund für weniger Überstellungen seien „begrenzte Betreuungs- und Unterbringungskapazitäten“ in Deutschland (www.tagesschau.de/ausland/reportage-griechenland-101.html), was auch angesichts der vergleichsweise geringen

Zahlen (www.proasyl.de/news/alternative-fakten-aus-dem-bundesinnenministerium/) und der Aufnahme bei bereits hier lebenden Verwandten für mich nicht nachvollziehbar ist (bitte begründen)?

27. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Für wie viele Personen, die jetzt noch in Griechenland leben, hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge seine Zustimmung zur Überstellung im Rahmen der Dublin-Verordnung bereits erteilt (bitte soweit möglich differenzieren nach Staatsangehörigkeit und Alter der Personen sowie Monat der Zustimmung), und wie hat der Bundesminister des Innern auf das Schreiben des griechischen Migrationsministers vom 4. Mai 2017 reagiert, wonach die Überstellungen zur Familienzusammenführung nach Deutschland „wie vereinbart verlangsamt“ wurden, es aber mehr als 2 000 Betroffene gebe und es „dringend eine gemeinsame Linie“ geben müsse, „um auf die zunehmend verzweifelten und kritischen Kommentare bezüglich des verlangsamten Verfahrens der Familienzusammenführung zu antworten“ (vgl. www.proasyl.de/news/alternative-fakten-aus-dem-bundesinnenministerium/ und www.tagesschau.de/ausland/reportage-griechenland-101.html)?

28. Abgeordnete
Luise Amtsberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie viele Personen sind nach Kenntnis der Bundesregierung seit Oktober 2016 nach Afghanistan im Rahmen der Programme zur freiwilligen Rückkehr aus Deutschland ausgereist (bitte nach Monaten aufschlüsseln)?

29. Abgeordnete
Luise Amtsberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Aus welchen afghanischen Herkunftsprövinzen stammen nach Kenntnis der Bundesregierung diese Rückkehrer?

30. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zu der (mutmaßlichen IS-)Kontaktperson des Attentäters Anis Amri, welche er in den letzten Wochen vor seinem Attentat durch intensive Kommunikation etwa in Chats im Detail hierzu anleitete, v. a. zu Identität und Aufenthalt dieser Person Ende 2016 sowie zu dessen etwaiger Tötung durch den US-Bombenangriff am 18./19. Januar 2017 in Libyen, und wie trug das Bundesamt

für Verfassungsschutz seit dem Jahr 2015 zur Beobachtung und möglichen Sistierung des Gefährders Anis Amri, insbesondere durch (aufgrund von § 3 Absatz 1 BVerfSchG nebst IMK-Beschluss zu TOP 22 vom 6./7. Dezember 2012) pflichtgemäße Koordinierung und „zentrale Auswertung“ der Erkenntnisse über dessen bundesländerübergreifende Aktivitäten bei?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

31. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Münster vom 22. Juni 2017 (Az. 13 B 238/17), wonach die auf Initiative der Bundesregierung im Dezember 2015 durch die Koalitionsmehrheit im Bundestag beschlossene und ab dem 1. Juli 2017 in Kraft tretende Pflicht von Telekom-Anbietern gemäß § 113b TKG zur pauschalen, anlasslosen Vorratsspeicherung von Verkehrs- und Standortdaten ihrer Nutzer europarechtswidrig sei, nämlich die EU-Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation 2002/58/EG vom 12. Juli 2002 verletze, und wird die Bundesregierung nun jene Gesetzespflicht wenigstens rasch aussetzen lassen oder – wie vom Provider-Branchenverband „eco“ verlangt – mit „einer Grundsatzentscheidung ... die Vorratsdatenspeicherung endgültig ... stoppen, [damit] die Unternehmen [k]ein europarechts- und verfassungswidriges Gesetz umsetzen ... müssen und damit Gelder in Millionenhöhe in den Sand ... setzen“ (vgl. Golem vom 22. Juni 2017, <http://bit.ly/2rVus57>)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

32. Abgeordneter
Hubertus Zdebel
(DIE LINKE.)
- Ist die Information des Magazins „monitor“ vom 15. Juni 2017 (www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/atomindustrie-100.html) zutreffend, dass die Bundesregierung bzw. das Bundesministerium der Finanzen bereits frühzeitig im Jahr

2010 über die Risiken der gewählten Rechtsgrundlage bei der Einführung der Brennelementesteuer informiert war, und warum hat die Bundesregierung nicht darauf hingewirkt, eine rechtssichere Grundlage für diese Steuer herbeizuführen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

33. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung Berichte über einen großflächigen Abbruch an einem Braunkohletagebau in Griechenland und die dortigen Ereignisse (siehe www.ekathimerini.com/219146/article/ekathimerini/news/minister-orders-demolition-of-northern-greece-village-after-ppc-mine-collapse) bestätigen, und beabsichtigt die Bundesregierung weitergehende Informationen über diesen Abbruch einzuholen oder hat sie Informationen zum Zweck des Erkenntnisgewinns zur Vermeidung von Abbrüchen an Braunkohletagebauten in Deutschland eingeholt?
34. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Personen von Bundesbehörden, deutschen Sachverständigenorganisationen, Instituten, Hochschulen, Forschungseinrichtungen etc. nehmen nach Kenntnis der Bundesregierung an der vom 26. bis 29. Juni 2017 in Jekaterinburg stattfindenden Konferenz der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) zu Schnellen Reaktoren und diesbezüglicher Brennstoffversorgung teil (bitte mit Aufschlüsselung nach Institutionen; bei unvollständiger Kenntnis wird zumindest um Teilangaben gebeten), und wie hoch waren in dieser Legislaturperiode die Beiträge bzw. Zahlungen Deutschlands an die IAEO?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

35. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Inwieweit trifft nach Kenntnis der Bundesregierung ein Bericht der „taz.die tageszeitung“ vom 21. Mai 2017 (www.taz.de/Pilotprojekt-fuer-Langzeitarbeitslose/!5411233/) zu, demzufolge das Jobcenter Bremerhaven vorhat, Langzeiterwerbslose unter Sanktionsandrohung in Beschäftigungsverhältnisse ohne jegliche Mehraufwandsentschädigung bei öffentlichen und privaten Unternehmen zu vermitteln, wobei das Konzept zu diesem Projekt „von Detlef Scheele, Chef der Bundesagentur für Arbeit, im engen Schulterschluss mit Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles erarbeitet“ worden sein soll?
36. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie steht die Bundesregierung zu diesem Pilotprojekt und dem Ansatz, erwerbslose, erwerbsfähige Personen, die Leistungen nach dem SGB II erhalten, mit der Androhung von Sanktionen de facto zu vollständig unentgeltlicher Arbeit zu drängen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

37. Abgeordneter
Hubertus Zdebel
(DIE LINKE.)
- Welche Konsequenzen zieht das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) gegenüber dem Präsidenten des BfR, wenn das BfR nachweislich die von C. Portier kürzlich angeführten acht Studienergebnisse nicht berücksichtigt hat (Antworten des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Bleser in der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 21. Juni 2017) und somit gegen OECD-Guidelines verstoßen hat?
38. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Aussagen des Agrar-Reports des Bundesamts für Naturschutz (BfN), wonach eine sofortige Kehrtwende in der Landwirtschaftspolitik notwendig ist, und teilt die Bundesregierung die Ansicht von Bundesministers für Ernährung und Landwirtschaft Christian Schmidt, wonach

die Forderungen im Agrar-Report „Alarmismus und Panikmache“ seien (z. B. Badische Zeitung vom 21. Juni 2017)?

39. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Brüterei wird aktuell der Praxistest der Technik zur Beendigung des Kükentötens durchgeführt, und wann wird der Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt seinen am 11. Mai 2017 im „Kölner Stadt-Anzeiger“ angekündigten Besuch abstatten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

40. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Mit welchen Kontrollmechanismen wird in der EU-Militärmission EUNAVFOR MED überprüft, ob die vermittelten Ausbildungsinhalte (darunter „Boardingtechniken“, Schifffahrtsleitung, humanitäres Völkerrecht, Menschenrechte, Seerecht, siehe Antwort der Bundesregierung zu Frage 6 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/9965) derart umgesetzt werden, dass diese internationalen Standards dem Völker- und dem Seerecht genügen, und sofern ein solcher Mechanismus gar nicht existiert, wie müsste dieser aus Sicht der Bundesregierung ausgestaltet werden?
41. Abgeordnete
Dr. Sahra Wagenknecht
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den dokumentierten Berichten („Erbitterter Kampf um Mossul – Die zwei Gesichter der irakischen Armee“, ZDF heute journal vom 20. Juni 2017, www.zdf.de/nachrichten/heutejournal/heute-journal-vom-20-juni-2017-102.html) über schwerste Kriegsverbrechen nicht nur des IS, sondern auch der irakischen Armee, die als Verbündete im Rahmen der von den USA angeführten und von Deutschland unterstützten Mission „Operation Inherent Resolve“ dem IS im Irak militärisch Einhalt gebieten sollen, insbesondere im

Hinblick auf eine Vereinbarkeit der Mission mit dem vom Deutschen Bundestag erteilten Mandat sowie dem Grundgesetz und dem Völkerrecht?

42. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)

Auf welche Weise will die Bundesregierung für die Ausbildung von Piloten ihrer zu beschaffenden Kampfdrohnen Heron TP ausschließen, dass bei den Trainings der deutschen Besatzungen, für die Airbus und die israelische Luftwaffe zuständig sein sollen, über den besetzten palästinensischen Gebieten geflogen wird, und welche Kosten werden im ausgehandelten Vertrag mit Airbus und Israel bei einer Verlegung in ein Einsatzgebiet eingeplant (<https://netzpolitik.org/2016/kampfdrohnen-der-bundeswehr-verteidigungsministerium-haelt-hintertueren-in-israelischer-verschlueselung-fuer-moeglich/>)?